COTER-022

Brüssel, den 6. Juli 2004

STELLUNGNAHME

des Ausschusses der Regionen

vom 16. Juni 2004

zu der Mitteilung

"Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt"

KOM(2004) 107 endg.

Der Ausschuss der Regionen -

- **GESTÜTZT AUF** die Mitteilung der Kommission "Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" (KOM(2004) 107 endg.);
- **AUFGRUND** des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 18. Februar 2004, ihn gemäß Art. 265 Abs. 1 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu dieser Vorlage zu ersuchen;
- **AUFGRUND** des Beschlusses seines Präsidenten vom 27. Januar 2004, die Fachkommission für Kohäsionspolitik mit der Erarbeitung dieser Stellungnahme zu beauftragen;
- **GESTÜTZT AUF** seine Stellungnahme zu dem Thema "Die Struktur und die Ziele der europäischen Regionalpolitik im Zuge von Erweiterung und Globalisierung: Eröffnung der Debatte" (CdR 157/2000 fin)¹;
- **GESTÜTZT AUF** seine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission "Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" (CdR 74/2001 fin)²;
- **GESTÜTZT AUF** seine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission "Erster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" (CdR 101/2002 fin)³;
- **GESTÜTZT AUF** seine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission "Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" (CdR 391/2002)⁴;
- **GESTÜTZT** auf seine Initiativstellungnahme vom 10. April 2003 zum Thema "Territorialer Zusammenhalt" (CdR 388/2002 fin)⁵;
- **GESTÜTZT** auf seinen Prospektivbericht zum Thema "Management und Vereinfachung der Strukturfonds nach 2006" (CdR 389/2002 fin)⁶;
- **GESTÜTZT AUF** den am 5. Mai 2004 von der Fachkommission für Kohäsionspolitik angenommenen Stellungnahmeentwurf (CdR 120/2004 rev. 1) (Berichterstatter: **Herr D'Ambrosio**, Präsident der Region Marken (IT/SPE), und **Herr Schneider**, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund (DE/EVP));

1 ABl. C 148 vom 18.5.2001, S. 25.

2 ABl. C 107 vom 3.5.2002, S. 27.

3 ABl. C 66 vom 19.3.2003, S. 11.

4 ABl. C 256 vom 24.10.2003, S. 13.

5 ABl. C 244 vom 10.10.2003, S. 23.

6 ABl. C 256 vom 24.10.2003, S. 1.

- **GESTÜTZT AUF** die Mitteilung der Kommission "Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier" vom 12.5.2004;

in Erwägung nachstehender Gründe:

- Der "Dritte Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Erarbeitung der Vorschläge für die Ausgestaltung der europäischen Kohäsionspolitik nach 2006 im Kontext der EU-Erweiterung;
- Angesichts der für Juli dieses Jahres angekündigten Strukturfondsverordnungen obliegt es dem AdR, die Vorschläge der Europäischen Kommission ausführlich zu kommentieren;
- Zentraler Maßstab für die Einschätzungen des Ausschusses ist dabei weiterhin das in Art. 158 EG-Vertrag formulierte Ziel zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Die Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen sowie des Rückstandes der am stärksten benachteiligten Gebiete ist zudem der wichtigste Beitrag zur Stärkung der Rolle der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union;
- Wie vom Ausschuss der Regionen bereits mehrfach gefordert, bekräftigt der Entwurf eines Verfassungsvertrags für Europa das Ziel des Zusammenhalts durch Hinzufügen der territorialen Dimension;
- Im "Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" gelangt die Europäische Kommission zu der Feststellung, dass die Regional- und Strukturpolitik weiterhin eine gemeinsame Aufgabe der Mitgliedstaaten, der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der Europäischen Union sein müsse;
- Die bereits erzielten Fortschritte müssen fortgesetzt werden mit dem Ziel, die Rückstände im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit zu verringern und für eine bessere territoriale Verbreitung aller Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, -

verabschiedete auf seiner 55. Plenartagung am 16./17. Juni 2004 (Sitzung vom 16. Juni) folgende Stellungnahme:

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Allgemeine Aspekte

1. **begrüßt** den "Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt", der wie der Zweite Bericht ein in sich abgeschlossenes Dokument ist, das vor allem zu den Unionspolitiken ausführliche Informationen liefert;

2. **gelangt** zu einer positiven Bewertung der in den letzten Jahren bei der Kohäsion erzielten Resultate; dies gilt auch für die positive Wirkung der Regionalpolitik der Union auf die Stärkung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts der Gemeinschaft als Ganzes; der AdR weist erneut darauf hin, dass die in den Verträgen festgeschriebene Kohäsionspolitik das Instrument mit dem größten spezifischen Gewicht und der größten Relevanz für die Umsetzung der Prinzipien Solidarität und Zusammenarbeit ist und mithin als einer der Eckpfeiler bei der Integration der Völker und Gebiete der Union anzusehen ist;
3. **berücksichtigt**, dass die Bevölkerung der EU von 380 Mio. (EU-15) in der erweiterten Union auf 454 Mio. (EU-25) bzw. 485 Mio. (EU-27) steigen wird. Einer Zunahme der EU-Bevölkerung um ca. 20% steht aber nur eine Steigerung des BIP-Volumens der EU um ca. 5% gegenüber. Der Durchschnitt des BIP pro Einwohner wird um ca. 12,5% sinken. Statt bisher 84 Mio. EU-Bürger werden künftig 123 Mio. EU-Bürger in Regionen mit Entwicklungsrückstand leben;
4. **begrüßt** die Tatsache, dass in der Kohäsionspolitik den neuen Mitgliedern Vorrang eingeräumt wird, als Ausdruck der Entschlossenheit der EU, die sozioökonomischen Disparitäten in der erweiterten Union zu verringern. Diesen Ansatz hat der Ausschuss der Regionen aus Gründen der Solidarität mit den neuen Mitgliedstaaten von Anfang an unterstützt;
5. **nimmt** von der Tatsache **Kenntnis**, dass trotz der erzielten Fortschritte zahlreiche sozioökonomische Probleme in den Regionen der bisherigen 15 Mitgliedstaaten weiterhin bestehen, wie der dritte Kohäsionsbericht nachweist. Dies betrifft beispielsweise den Rückstand im Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, die hohe Arbeitslosigkeit, das niedrige Wirtschaftswachstum, die Defizite in den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und bei den ausländischen Direktinvestitionen;
6. **weist** darauf hin, dass sich in einem Europa mit 25 bzw. 27 Mitgliedstaaten die territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte sogar noch stärker ausprägen dürften. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine Politik des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts zu verfolgen, die die Auswirkungen der Globalisierung auf die Wirtschaft und ihre Folgen in Gestalt einer fortschreitenden Liberalisierung des internationalisierten Handels berücksichtigt;
7. **erklärt**, dass die regionale Dimension der Kohäsionspolitik, die laut Art. 158 des EG-Vertrages die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts im Sinne einer harmonischen Entwicklung der Union als Ganzes bezweckt, heute mehr denn je Gültigkeit und Berechtigung hat. Der Ausschuss möchte außerdem daran erinnern, wie wichtig es ist, dass die regionale Dimension bei der politischen Gestaltung auf Gemeinschaftsebene und auf einzelstaatlicher Ebene systematisch beachtet wird;
8. **spricht sich** für die Vorschläge **aus**, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den kommunalen, regionalen, nationalen und EU-Behörden während des gesamten Prozesses der Programmplanung, Umsetzung und Bewertung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds zu

stärken und die Mitgliedstaaten zu ermutigen, gegebenenfalls die Möglichkeit des Abschlusses dreiseitiger Vereinbarungen zu nutzen;

9. **stellt** außerdem **fest**, dass die Umsetzung des Ziels der Lissabon-Strategie zu langsam vorstatten geht;

Mittel für die künftige Kohäsionspolitik

10. **vertritt** die Auffassung, dass der Finanzvorschlag der Kommission, der 0,41% des Bruttonationaleinkommens (bei Einbeziehung der Interventionen für die ländliche Entwicklung und die Fischerei auf 0,46% ausdehnungsfähig) bzw. 336,3 Milliarden Euro für die Finanzierung der drei Ziele vorsieht (78% für das Konvergenzziel, 18% für die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie 4% für die territoriale Zusammenarbeit), einen akzeptablen Kompromiss für die künftige Kohäsionspolitik darstellt;
11. **ist** zudem **der Meinung**, dass zur Verwirklichung einer Kohäsionspolitik, die den Bestrebungen der Union im Sinne der Lissabon-Strategie entspricht, nicht weniger als 0,46% des BNE – wie 1999 in der EU-15 – aufgewendet werden dürfen;
12. **schließt** sich der Auffassung der Europäischen Kommission **an**, dass die von der Kommission vorgeschlagene Finanzausstattung ausreichend ist, um die Regionen der heutigen EU weiter zu fördern und gleichzeitig die neuen Mitgliedstaaten gleichberechtigt zu unterstützen, wenn die Mittel gerecht verteilt und auf die Lösung der gravierendsten Probleme konzentriert werden;
13. **begrüßt**, dass für die Zuweisung der Finanzmittel an die neuen Mitgliedstaaten die Absorptionsgrenze von 4% des nationalen BIP beibehalten und dabei die Beträge im Rahmen der Instrumente für die ländliche Entwicklung und die Fischerei mit berücksichtigt werden sollen;

Ziel (1): Konvergenz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen

14. **begrüßt** den Vorschlag des Kohäsionsberichtes, dass das neue Ziel "Konvergenz" neben Regionen (auf NUTS-II-Ebene) mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner von bis zu 75% des EU-Durchschnitts (EU-25) auch Regionen umfassen soll, die vom so genannten statistischen Effekt betroffen sind;
15. **begrüßt**, dass die Regelungen des bisherigen Ziels 1 beibehalten und auf die erweiterte Gemeinschaft angewandt werden;
16. **unterstützt** die Einbeziehung des Kohäsionsfonds in die Förderpriorität "Konvergenz". Dies betrifft sowohl die Anwendung des 90%-Kriteriums für die Auswahl der Mitgliedstaaten, die für Zahlungen aus dem Kohäsionsfonds in Frage kommen, als auch die Verknüpfung der Ziel-1-Programme mit den Maßnahmen des Kohäsionsfonds im Infrastrukturbereich. Da der Kohäsions-

fonds aus Ziel-1-Mitteln finanziert wird, müssen die Zahlungen aus dem Fonds bei der Aufteilung der übrigen Ziel-1-Mittel auf die Regionen auch in Anrechnung kommen; für die Mitgliedstaaten, die aufgrund der Erweiterung künftig nicht mehr als Fördergebiete ausgewählt werden können, müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam eine politische Lösung suchen.

17. **fordert**, dass die Mittelverteilung im neuen Ziel 1 wie bisher nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgt und dabei die Schwere der Problemlagen in den Fördergebieten zugrunde gelegt wird. Die dafür in Berlin und Kopenhagen für die laufende Förderperiode angewandten Formeln sind grundsätzlich weiterhin anwendbar. Allerdings sollten der regionale Wohlstand und die Arbeitslosigkeit stärker als bisher gewichtet werden;

Statistischer Effekt

18. **nimmt** die aktuellen Angaben der Europäischen Kommission zur Kenntnis, denen zufolge 17 Regionen mit rund 19 Millionen Einwohnern nur dadurch aus der "klassischen" Ziel-1-Förderung herausfallen würden, dass der EU-Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts durch die Erweiterung sinkt (so genannter statistischer Effekt);
19. **begrüßt** den Vorschlag der Kommission, für diese Regionen eine Lösung innerhalb des künftigen Ziels "Konvergenz" zu finden;
20. **nimmt** den Vorschlag der Kommission zur Kenntnis, die Übergangsregelung auf Grund eines Entwicklungsrückstands für die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen 2013 enden zu lassen. Der Ausschuss weist jedoch darauf hin, dass die betroffenen Regionen aus Gründen der Gleichbehandlung nicht automatisch von einer eventuellen Phasing-in-Regelung in das neue Ziel "Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" in der übernächsten Förderperiode ausgeschlossen werden dürfen. Maßstab künftiger Förderung muss die am Ende der nächsten Förderperiode herrschende sozioökonomische Lage in den Regionen sein;
21. **betrachtet** die von Kommissar Barnier vorgeschlagene Regelung, für diese Regionen zu Beginn der Förderperiode ein Förderniveau von 85% der Ausstattung für "klassische" Ziel-1-Gebiete vorzusehen, das dann bis zum Ende der Förderperiode auf ca. 60% der Finanzausstattung sinkt, als einen akzeptablen Kompromiss, wenn damit eine angemessene Mittelausstattung entsprechend den Vorschlägen der Kommission zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013 verbunden wird. Es läuft den Zielsetzungen der Kommission jedoch keineswegs zuwider, in ihrem künftigen Verordnungsvorschlag die Möglichkeit vorzusehen, auf 100% des Förderniveaus zu gelangen, falls die Mittel aufgrund der Nichtausführung seitens der Ziel-1-Regionen nicht in Anspruch genommen würden; diese Mittel wären Teil einer Reserve, die nach der Hälfte des Programmzeitraums 2007-2013 *in jedem Mitgliedstaat* neu verteilt werden könnte;

Beihilfenkontrolle

22. **nimmt** den Vorschlag der Kommission zur Kenntnis, dass für die Regionen der alten und neuen Mitgliedstaaten, welche unter das neue Ziel "Konvergenz" fallen, auch künftig staatliche Beihilfen gemäß Art. 87 Abs. 3 Buchst. a EG-Vertrag zulässig sein sollen;
23. **fordert** für die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen dass diese Regionen für den gesamten Förderzeitraum unter Art. 87 Abs. 3 Buchst. a fallen;
24. **plädiert dafür**, dass alle Regionen mit "natürlichem Fördereffekt" (die sog. "Phasing-in-Regionen") während der Förderphase aus Art. 87 Abs. 3 Buchst. a herausgenommen und Art. 87 Abs. 3 Buchst. c zugeordnet werden;

Ziel (2): Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

25. **billigt** den Vorschlag der Kommission, ein Ziel für alle Regionen zu schaffen, die sich nicht in die Typologie der Priorität "Konvergenz" einordnen lassen; besondere Aufmerksamkeit könnte Regionen mit erheblichen sozioökonomischen Problemen und beträchtlichem strukturellen Anpassungsbedarf gewidmet werden, die aufgrund einheitlicher Kriterien zu definieren sind. Zugleich begrüßt er, dass das neue Ziel die Regionen insgesamt anspricht;
26. **unterstützt** die Entscheidung der Kommission, die Interventionen im Rahmen des neuen Ziels "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen" auf einem Ansatz aufzubauen, der das jeweilige Regionalgebiet umfassend abdeckt und an die Themen der Lissabon- und Göteborg-Strategien anknüpft, ohne dabei die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse außer Acht zu lassen; das Spektrum der möglichen Maßnahmen muss jedoch so angelegt werden, dass ein ausreichender Gestaltungsspielraum verbleibt, um der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der europäischen Regionen in einem integrierten regionalpolitischen Ansatz gerecht zu werden;
27. **fordert** die Kommission im Hinblick auf die Lissabon-Strategie **auf**, bewährte Verfahrensweisen aus früheren Innovationsfördermaßnahmen aufzugreifen und als Vorbild für die Interventionen im Rahmen des Themas "Innovation und wissensbasierte Wirtschaft" heranzuziehen, um nicht unnötig Mittel zu verschwenden und das Rad neu zu erfinden;
28. **billigt**, dass die Regionen, die auf Grund ihrer positiven Entwicklung nicht länger für das neue Konvergenzziel qualifiziert sind, nunmehr in dem neuen Ziel "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen" unter der Rubrik "Phasing-in" untergebracht werden. Der Ausschuss fordert, dass auf die Regionen, die aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten die Schwelle von 75% des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP der EU-15 überschreiten, ein ähnliches Verfahren angewendet wird wie das Verfahren, das während des Zeitraums 2000-2006 für die gleichen Umstände festgelegt wurde. Dies würde eine flexiblere Anwendung von Mitteln ermöglichen, um so die erreichte wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen mit natürlichem Fördereffekt zu konsolidieren;

29. **begrüßt** die Verknüpfung der europäischen Beschäftigungsstrategie mit den Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds; weist im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip auf die Notwendigkeit einer stärkeren und besseren Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Programmierung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des ESF hin. Diese Interventionen sollten mit der europäischen Beschäftigungsstrategie und ihren einzelstaatlichen Bestandteilen, den nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung, im Einklang stehen. Sie sollten außerdem auf sonstige regionale Pläne, die sich auf die regionalen Arbeitsmärkte auswirken, abgestimmt werden und Maßnahmen umfassen, die derzeit unter das Programm EQUAL fallen;
30. **drängt darauf**, dass die Mittel des neuen Ziels "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit" den Mitgliedstaaten aufgrund transparenter sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Kriterien nach Maßgabe der Probleme und Bedürfnisse in den Förderregionen zugeteilt werden; es sollten zuverlässige Indikatoren entwickelt werden, um mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu messen und Wachstums- und Investitionschancen erkennbar zu machen. BIP und Beschäftigungsquote allein reichen nicht zur Lenkung der politischen Maßnahmen und der Finanzierung aus; er fordert, dass die Mitgliedstaaten bei der Aufteilung der Mittel unter dem Ziel "Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" auf die einzelnen Regionen die territoriale Entwicklung, die regionale Wettbewerbsfähigkeit und unionsweite soziale und wirtschaftliche Indikatoren berücksichtigen;

Beihilfenkontrolle

31. **fordert** die Kommission **auf**, unverzüglich Vorschläge für die Zukunft der staatlichen Beihilfen nach Art. 87 Abs. 3 Buchst. c des EG-Vertrags zu unterbreiten und zu prüfen, wie die territoriale Differenzierung durch die Verwendung geeigneter Indikatoren in die Regeln einbezogen werden kann, da die Beibehaltung einer territorialen Differenzierung im Rahmen staatlicher Beihilfen, die gezielte öffentliche Investitionen ermöglichen, wenn dadurch Marktversagen ausgeglichen werden kann, für die Verwirklichung des Ziels des territorialen Zusammenhalts unverzichtbar ist; dabei ist zu berücksichtigen, dass übermäßige Differenzen zwischen den für benachbarte Regionen festgelegten zulässigen Förderobergrenzen vermieden werden;
32. **fordert** für die Nicht-Konvergenzkriterien angemessene beihilferechtliche Regelungen, damit auch diese gemäß dem Subsidiaritätsprinzip die strukturelle Weiterentwicklung und den Abbau interregionaler Unterschiede verfolgen können. Dies beinhaltet die Beibehaltung des Status nach Art. 87 Abs. 3 Buchst. c für Regionen mit strukturellem Anpassungsbedarf, die im Wege einheitlicher Kriterien definiert werden müssen;
33. **fordert**, dass auf Regionen mit geographisch oder demographisch bedingten Strukturschwächen letztendlich Art. 87 Abs. 3 Buchst. c des EG-Vertrags angewendet wird;

Ziel (3): Europäische territoriale Zusammenarbeit

34. **würdigt** die Schaffung eines spezifischen Ziels für die transnationale, die grenzübergreifende und die interregionale Zusammenarbeit und begrüßt den für die territoriale Zusammenarbeit vorgeschlagenen Mittelanteil;
35. **unterstützt** die Anerkennung von Seegrenzen im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und ist der Ansicht, dass die Regionen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an der Festlegung und Auswahl der förderfähigen Seegrenzen beteiligt werden müssen;
36. **fordert**, auch in Zukunft die interregionale Förderung innerhalb der Europäischen Union fortzusetzen. Sorge bereitet, dass der Kohäsionsbericht die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit nur im Rahmen der Regionalprogramme vorsieht. Der Verweis auf die Fördermöglichkeiten im Rahmen der Regionalprogramme hilft nicht weiter, da dann die Förderung komplexer Kooperationsprogramme von der Ausgestaltung interner strukturpolitischer Strategien abhängt. Außerdem muss gewährleistet sein, dass grenzübergreifende Zusammenarbeit auch weiterhin an den Außen- und Binnengrenzen, einschließlich der "alten" Binnengrenzen, stattfinden kann;
37. **plädiert** ungeachtet der Feststellungen unter Ziffer 36 **dafür**, es den Regionen, die dies wünschen, zu ermöglichen, die Verwaltung von Programmen auf der Grundlage des Kooperationsziels in ihre regulären Programme zu integrieren;
38. **begrüßt**, dass ein "neues Rechtsinstrument" für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingerichtet werden soll, und fordert die Europäische Kommission auf, dessen Aufgabe und Bedeutung besser zu definieren und dabei auch Sorge zu tragen, dass es dadurch zu keiner Verzögerung beim Start und bei der Umsetzung der neuen Programme kommt und dass die Kontinuität in Bezug auf bereits bestehende Kooperationen gewährleistet wird;
39. **begrüßt** die Schaffung eines "neuen Nachbarschaftsinstruments" und betont, dass es rasch aktiviert werden muss, damit es im neuen Programmplanungszeitraum zum Einsatz kommen kann, und dass es auf den Erfahrungen aufbauen sollte, die bereits im Rahmen des laufenden INTERREG-Programms gesammelt werden konnten;
40. **fordert** die Europäische Kommission **auf**, ein neues Rechtsinstrument zur Erleichterung der dezentralen interregionalen Zusammenarbeit, über die auf lokaler und regionaler Ebene entschieden wird, vorzuschlagen;
41. **empfiehlt**, bei den verschiedenen Instrumenten der regionalen und lokalen Zusammenarbeit die Vernetzung von Städten zu fördern und weiter zu stärken und auf mehr Erfahrungen mit der dezentralen Zusammenarbeit zwischen lokalen und/oder regionalen Gebietskörperschaften hinzuwirken;

Maßnahmen für individuelle territoriale Besonderheiten

42. **begrüßt die** Tatsache, dass die Europäische Kommission wie auch in der Vergangenheit einerseits ein spezifisches Programm für die in Art. 299 Abs. 2 des Vertrags genannten Regionen in äußerster Randlage zum Ausgleich ihrer Benachteiligungen und andererseits die Aufnahme einer Maßnahme "Grand Voisinage" (größeres nachbarschaftliches Umfeld) für diese Regionen in die neuen Programme zur Förderung der "europäischen territorialen Zusammenarbeit" vorgeschlagen hat, damit sie über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen verfügen, um ihre Aufgabe als aktive EU-Grenze wahrnehmen und somit zur europäischen Integration beitragen zu können. Allerdings ersucht der Ausschuss die Europäische Kommission, klare Vorschläge zur Koordinierung dieser Bestimmungen mit dem neuen Vorschlag der "Nachbarschaftsinitiative" und dem Ziel der territorialen Zusammenarbeit zu unterbreiten;
43. **würdigt** die unternommenen Anstrengungen zur Behandlung städtischer Probleme im Rahmen einer breiter angelegten regionalen und nationalen Strategie. Gleichwohl ersucht der AdR die Europäische Kommission, die Kriterien für die Förderungswürdigkeit städtischer Gebiete besser zu definieren und dabei die Rolle zu berücksichtigen, die Mittel- und Unterzentren bei der Gewährleistung einer ausgewogenen Entwicklung innerhalb einer Region spielen;
44. **ist der Meinung**, dass die städtische Dimension der Regionalpolitik nicht nur die städtische Erneuerung zum Inhalt haben sollte, sondern auch die Rolle der städtischen Gebiete als wirtschaftliche Impulsgeber für die Regionen und die Beziehungen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten;
45. **unterstützt** die Anstrengungen der Europäischen Kommission, im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip die Stärkung der städtischen Mitbestimmung bei der Umsetzung der "urbanen Dimension" zu fördern;
46. **begrüßt** die Perspektive der Kommission für Regionen mit geographisch oder demographisch bedingten Strukturschwächen, wie etwa Bergregionen, dünn besiedelte Regionen und Inselregionen. Der Ausschuss fordert ferner, dass spezifische Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen werden, diese Regionen unter lauterer Bedingungen in den Binnenmarkt zu integrieren, sofern dies durch die gegebenen Umstände gerechtfertigt ist. Als Parameter sollten die hohen Kosten berücksichtigt werden, welche die Gewährleistung der Leistungen der Daseinsvorsorge aufgrund der territorialen und demographischen Charakteristika für einige Regionen mit sich bringen;

Querverbindungen zu anderen sektorbezogenen Politiken

47. **vertritt** die Auffassung, dass die Kohäsionspolitik als horizontale Politik zu betrachten ist, die auf der Grundlage der nachhaltigen Entwicklung einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördert und der eine Schlüsselbedeutung im Prozess der Integration der Völker und Gebiete der Union zukommt. Alle Bereiche der gemeinschaftlichen Politik müssen zur Erreichung dieser Ziele einen Beitrag leisten;

48. **nimmt** die Absicht der Europäischen Kommission zur Integration der Leader+-Initiative in den Mainstream **zur Kenntnis**, zeigt sich allerdings besorgt, was die Aufnahme der ländlichen Entwicklung in den zweiten Pfeiler der GAP anbelangt; diese Besorgnis hat ihre Ursache in dem geringeren Niveau der Regionalisierung und der dominierenden Rolle der landwirtschaftlichen Produktion. Der AdR drängt die Europäische Kommission, darauf hinzuwirken, dass ländliche Gebiete im weiteren Sinn nachdrücklich ermutigt werden, an Maßnahmen zur Förderung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen im Rahmen des Ziels Wettbewerbsfähigkeit teilzunehmen;
49. **ist der Ansicht**, dass bei der Programmplanung die Verwendung der Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raums aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Verwendung der Mittel aus dem neuen Ziel 2, Wettbewerb und Beschäftigung, aufeinander abgestimmt werden müssen. Diese Abstimmung sollte auf regionaler Ebene stattfinden;
50. **begrüßt**, dass ein einziges Instrument zur Entwicklung des ländlichen Raumes bzw. für die Fischerei geschaffen werden soll. Der Ausschuss fordert die Kommission auf darzulegen, wie dieses Instrument außerhalb des Konvergenzziels funktionieren soll, und hält es für erforderlich, das Instrument vorrangig auf Maßnahmen auszurichten, mit denen den negativeren Aspekten des ländlichen Raums – Entvölkerung, Überalterung und Fehlen an endogenem Entwicklungspotenzial – begegnet wird;
51. **fordert**, dass die Maßnahmen im Rahmen der EG-Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raums außerhalb der Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion auf landwirtschaftliche und landwirtschaftsnahe Bereiche einschließlich ländlicher Dienstleistungen ausgeweitet werden. Es muss bei der Mittelverteilung gewährleistet sein, dass die Konvergenzziele und der Mittelbedarf für die Aufgaben, wie sie sich aus den im Rahmen der GAP-Reformen zugewiesenen Aufgaben ergeben, gleichzeitig berücksichtigt werden;

Vereinfachung der Strukturfondsverwaltung

52. **begrüßt**, dass die Kommission vorgeschlagen hat, zentrale Elemente des Systems zur Programmierung und Verwaltung auch für die künftige Umsetzung der Strukturfonds, wie zum Beispiel der mehrjährige Planungszeitraum, der strategische Ansatz im Rahmen einer einzigen Strategie, die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften auf regionaler Ebene und die Stärkung der Partnerschaft zwischen den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen – lokal, regional, national und europäisch – beizubehalten;
53. **fordert**, dass die Regionen enger in ein wirksames und transparentes System zur Kontrolle der Zuweisung, Verteilung und Verwendung von Strukturfondsmitteln eingebunden werden;
54. **stellt fest**, dass die Kommission viele Vorschläge der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Vereinfachung der Fonds übernommen hat, indem

- die Programme künftig nur noch auf der Ebene der Prioritäten programmiert werden und damit die Ergänzung zur Programmplanung entfällt,
 - die Anwendung des Additionalitätsprinzips nur noch im Rahmen des Konvergenziels überprüft wird,
 - die Programme künftig nur noch als Mono-Fonds-Programme umgesetzt werden, und der EFRE und der ESF die Möglichkeit erhalten, auch etwaige sonstige Maßnahmen, die das Sachkapital betreffen, zu finanzieren und
 - der Kohäsionsfonds und der EFRE für Verkehrs- und Infrastrukturprojekte einem einheitlichen Programmplanungssystem folgen sollen;
 - die Finanzkontrolle im Interesse der Vereinfachung und im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dezentralisiert wird.
55. **unterstreicht**, dass die "Vereinfachung" der Programmplanung für die Kommission nicht zu Erschwernissen für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften oder die Projektträger führen darf. So könnte beispielsweise die Schaffung der Mono-Fonds-Programme im neuen Ziel 1 zu einer Erhöhung der Zahl der Programme führen, was für die Regionen keine Erleichterung bringt. Besser wäre es, die jetzige Regelung für die Operationellen Programme beizubehalten und nur die Forderungen nach Verflechtung der Fonds in den Schwerpunkten und Maßnahmen aufzugeben. Auch künftig muss es möglich bleiben, für benachbarte Regionen übergreifende Operationelle Programme und gemeinsame Finanzpläne zu führen;
56. **fordert** die Kommission **auf**, bei der Vereinfachung der Regionalpolitik die sogenannte Nutzerperspektive zu berücksichtigen;
57. **bittet** um Klärung, welche Rolle das vorgeschlagene Strategiepapier in Bezug auf die Programmierung auf nationaler/regionaler Ebene spielt und welche Konsequenzen aus der jährlichen Befassung der nationalen Fortschrittsberichte entstehen sollen; der AdR geht davon aus, dass die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden und ersucht, dabei zu berücksichtigen, dass die Erstellung dieser Strategiepapiere in partnerschaftlicher, gleichberechtigter Zusammenarbeit nach dem Prinzip der Subsidiarität erfolgen muss;
58. **hält** es für ausreichend, dass sich die europäischen Institutionen höchstens alle zwei Jahre mit den Prioritäten und erreichten Resultaten befassen. Diese Prüfung könnte auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates erfolgen, die der Agenda von Lissabon bzw. Göteborg gewidmet ist. Dadurch dürfen die Umsetzung der Programme auf regionaler Ebene nicht verzögert und deren Struktur nicht verändert werden;

59. **bemerkt**, dass die Kommission den Vorschlag des AdR, die "n+2" in eine "n+3" Regel abzuändern, um die bei der Durchführung von Großprojekten entstehenden Probleme zu reduzieren, nicht übernommen hat, und **fordert** die Kommission **auf**, die Vorschläge (der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften) erneut in Betracht zu ziehen und im Falle der Ablehnung eine umfassende Begründung für diese Vorgangsweise abzugeben.

Brüssel, den 16. Juni 2004

Der Präsident
des Ausschusses der Regionen

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Peter STRAUB

Gerhard STAHL